

A1 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 26.02.2025
Tagesordnungspunkt: 5. Grüne Politik für Ländliche Räume

Antragstext

1 Niedersachsen ist ein ländlich geprägtes Bundesland im Herzen Europas: Mit
2 Ausnahme der Region Hannover und der kreisfreien Städte sind alle Landkreise
3 ländlich strukturiert und weisen teilweise erhebliche regionale Unterschiede
4 auf. Damit lebt ein Großteil der gut acht Millionen Niedersächs*innen auf dem
5 Land. Und sie leben dort gern: Nach einer Emnid-Umfrage aus dem Jahr 2020 wollen
6 61% gerne im Dorf oder in einer Kleinstadt leben. Hier wird ein bedeutender Teil
7 unserer Lebensmittel produziert, mittelständische Unternehmen schaffen
8 Arbeitsplätze, und Natur- sowie Kulturlandschaften tragen zur hohen
9 Lebensqualität bei. Doch in vielen Regionen stehen diese positiven Aspekte
10 zunehmend unter Druck.

11 Es ist deutlich zu bemerken, dass der demografische Wandel mit einer alternden
12 Bevölkerung und der Abwanderung junger Menschen die soziale und wirtschaftliche
13 Struktur vieler Gemeinden belastet. Gleichzeitig erschweren eine unzureichende
14 digitale Infrastruktur, mangelnde Mobilitätsangebote und ein zunehmend spürbarer
15 Ärztemangel die Lebensqualität im Alltag. Hinzu kommen wirtschaftliche
16 Unsicherheiten durch den Strukturwandel, der Druck auf traditionelle Industrien,
17 Handwerksbetriebe, KMU und die Landwirtschaft ausübt, sowie die wachsenden
18 Anforderungen des Klimaschutzes. Oftmals fehlende Bildungs- und Kulturangebote,
19 Vereinssterben und soziale Isolation verstärken zudem das Gefühl, abgehängt zu
20 sein. Angesichts dieser Herausforderungen ist es entscheidend, maßgeschneiderte
21 politische Lösungen zu entwickeln, die den ländlichen Raum stärken,
22 zukunftsfähig machen und den Menschen in allen Generationen vor Ort Sicherheit
23 und Perspektiven bieten.

24 Als Grüne Niedersachsen kennen wir die Besonderheiten, die damit einhergehen,
25 bei uns auf dem Land, in Dörfern und Kleinstädten zu leben. Wir legen einen
26 Fokus auf die Stärkung unserer ländlichen Räume. Gut funktionierende Städte
27 hängen auch vom gut funktionierenden Umland ab – und umgekehrt.

28 Wirtschaft im Umbruch

29 Niedersachsens Wirtschaft ist überwiegend mittelständisch geprägt. Es sind die
30 knapp 290.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen, die den
31 Wirtschaftsstandort Niedersachsen ausmachen – viele von ihnen im ländlichen
32 Raum. Auf sehr unterschiedliche Weise steht unsere Wirtschaft - egal ob
33 Großkonzern, Mittelstand oder Kleinunternehmen - vor der Herausforderung, die
34 Herausforderungen der Zeit, vor allem die Dekarbonisierung, die Digitalisierung
35 und den Fachkräftemangel, zu bewältigen.

36 Dafür sind neben einer leistungsfähigen Digital-, Mobilitäts- und
37 Energieinfrastruktur vor allem gut ausgebildete Fachkräfte von zentraler
38 Bedeutung. Damit diese in den ländlichen Räumen eine dauerhafte Perspektive
39 haben, ist es essentiell, auch in der Fläche eine umfassende Bildungslandschaft
40 vorzuhalten – von der frühkindlichen über die schulische Bildung bis hin zur
41 Aus- und Weiterbildung derer, die sich im Laufe ihres beruflichen Lebens neu
42 orientieren wollen oder müssen.

43

44 Regionale Stärken identifizieren und ausbauen

45

46 Ebenso wie es „den“ ländlichen Raum in Niedersachsen nicht gibt, kann es auch
47 nicht „das“ Konzept zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes geben.
48 Wir begrüßen es daher, dass sich Landkreise und kreisfreie Städte zu landesweit
49 14 Zukunftsregionen zusammengeschlossen haben, um in regionaler Zusammenarbeit
50 Konzepte für den anstehenden Transformationsprozess zu entwickeln. Unsere
51 Landesregierung unterstützt diese aktiven regionalen Entwicklungen durch
52 gemeinsame Austauschformate und mit Fördermitteln. Wir Grünen wollen diesen
53 Ansatz ausbauen, indem wir über die Ämter für regionale Landesentwicklung
54 bedarfsgerecht Förder- und Projektmittel bereitstellen.

55

56 Mobilitätsinfrastruktur ausbauen

57

58 Mobilität ist ein zentraler Faktor für den ländlichen Raum. Auch wenn das Auto
59 hier weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird, braucht es eine Antriebswende
60 und attraktive Alternativen. Wir fordern daher einen Maßnahmenmix aus Ausbau und
61 Digitalisierung des ÖPNV, Sharing-Modellen und Elektromobilität. Dazu gehören
62 Mobilitätsstationen, Ride-Pooling-Dienste und bessere Ladeinfrastruktur in
63 Städten und Dörfern. Der Umstieg auf E-Autos soll durch Beratungen und
64 Förderungen erleichtert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr E-Autos im
65 unteren und mittleren Preissegment angeboten werden, damit Elektromobilität
66 keine Frage des Geldbeutels bleibt. Zudem setzen wir uns für ein sicheres
67 Radwegenetz mit 1.000 km neuen Fahrradwegen und besserer Infrastruktur an
68 Knotenpunkten nicht zuletzt in ländlichen Regionen ein, um so den Radtourismus
69 zu fördern und sichere Radwege für Pendler*innen zu schaffen. Bei der
70 Verkehrswegeplanung müssen statt teurer Neubauprojekte bestehende Straßen,
71 Brücken und Schienen saniert werden, um den Verfall der Infrastruktur zu
72 stoppen. Auf Bundesebene unterstützen wir ausdrücklich den Erhalt des
73 Deutschlandtickets.

74

75 Das Handwerk fördern

76

77 Die landesweit rund 86.000 kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe sind
78 eine zentrale Säule der Wirtschaft „auf dem Land“: Und sie sind essentiell für
79 den klimaneutralen Umbau unserer Energieversorgung: Ob bei der Gebäudesanierung,
80 der Installation und Wartung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien
81 oder neue Haustechnik: Klimaschutz braucht starkes Handwerk mit genügend gut
82 ausgebildeten Fachkräften in der Fläche. Zur Stärkung der ländlichen Räume haben
83 die Landesvertretung der Handwerkskammern und die Landwirtschaftskammer im
84 Sommer letzten Jahres ein Positionspapier vorgelegt, das eine Reihe sehr
85 bedenkenswerter Ansätze formuliert. Wir teilen die Einschätzung, dass es gerade
86 für kleine Betriebe essentiell ist, überbordende bürokratische Vorgaben
87 abzubauen. Hier gilt es den von uns Grünen auf Bundes- und Landesebene
88 eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen: So haben wir im Bund etwa bei der
89 Installation von Anlagen zur Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien
90 lähmende bürokratische Vorgaben massiv abgebaut. Im Land haben wir die
91 Niedersächsische Bauordnung entrümpelt und dadurch unter anderem die gerade in
92 ländlichen Räumen anstehende Nachnutzung bestehender Gebäude massiv erleichtert.
93 Ein weiterer entscheidender Baustein zur Reduzierung bürokratischer Belastungen

94 der Wirtschaft ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, die wir in
95 Niedersachsen konsequent vorantreiben. Auch das Handwerk selbst fordern wir auf,
96 über die Mitarbeit in den Normungsausschüssen dafür zu sorgen, dass in den
97 letzten Jahren im einigen Bereichen nahezu undurchdringlich gewordene
98 Normendickicht endlich aufzulichten. Das entlastet die Betriebe und spart den
99 Kund*innen Kosten. Förderanträge müssen digitalisiert und deutlich einfacher
100 werden. Das Niedersächsische Landesamt für Statistik ist aufgefordert,
101 Erhebungen und Meldepflichten für Betriebe auf das erforderliche Mindestmaß zu
102 reduzieren.

103

104 Für die Zukunft des Handwerks sind gut ausgebildete Fachkräfte das A und O.
105 Deshalb gilt es, die im rot-grünen Koalitionsvertrag verankerte Aus-,
106 Weiterbildungs- und Umschulungsinitiative mit Stärkung der Bildungsstätten des
107 Handwerks gezielt voranzutreiben. Außerdem wollen wir best-practice-Beispiele
108 wie die regionalen Fachkräftebündnisse, bei der Fachkräftegewinnung und -
109 sicherung unterstützen.

110

111 Jede*r vierte Betriebsinhaber*in eines Handwerksbetriebs ist älter als 60 Jahre.
112 Zur Sicherung der Betriebsnachfolge wollen wir die berufliche Weiterbildung im
113 Handwerk attraktiver machen. Rot-grün in Niedersachsen geht dieses Thema gezielt
114 an: Wir stellen Meister*innenausbildung und Bachelorstudium gleich und
115 entwickeln die erfolgreiche Meister*innenprämie weiter.

116

117 Berufliche Weiterbildung in der Fläche ausbauen

118

119 Die Digitalisierung und der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft werden die
120 Arbeitswelt nachhaltig verändern – nicht nur für die Unternehmen, sondern
121 insbesondere auch für die Arbeitnehmer*innen. Während es noch vor wenigen Jahren
122 der Normalfall war, dass die im Rahmen der Ausbildung erworbenen Qualifikationen
123 ein Berufsleben lang ausreichen, kann davon künftig in vielen Fällen nicht mehr
124 ausgegangen werden: Bisherige Berufsbilder ändern sich oder fallen komplett weg
125 und neue Berufe entstehen. In diesem Wandel brauchen die Menschen Sicherheit und
126 Unterstützung. Mit dem von der Ampel-Koalition im Bund verabschiedeten Aus- und
127 Weiterbildungsgesetz konnten dafür entscheidende Weichenstellungen vorgenommen
128 werden. Leider ist es jedoch nicht gelungen, dabei auch eine bezahlte
129 Weiterbildungs(teil)zeit zu etablieren. Das Ziel, Menschen nicht erst bei
130 Arbeitslosigkeit, sondern auch im Rahmen eines bestehenden Arbeitsverhältnisses
131 die notwendige finanzielle Absicherung für Zeiten der Weiterbildung zu
132 garantieren, verfolgen wir konsequent weiter. Mit den Berufsbildungszentren der
133 Wirtschaft und den berufsbildenden Schulen sind in der Fläche Strukturen
134 etabliert, die auch bei der beruflichen Weiterbildung eine stärkere Rolle
135 spielen können. Dafür wollen wir gemeinsam mit den Kammern entsprechende
136 Konzepte entwickeln.

137

138 Für betriebliche Innovations- und Transferprozesse wollen wir die
139 Beratungsmöglichkeiten weiter ausbauen. Wir wirken darauf hin, dass in den
140 Betrieben Transformationsausschüsse gebildet und tarifvertragliche
141 Vereinbarungen zur Gestaltung der Transformation geschlossen werden.

142

143 Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen ist essentiell für soziale Teilhabe,
144 Gemeinschaftsbildung und regionale Identität. Sie sollte als gleichwertiges Ziel

145 neben urbanen Kulturangeboten gefördert werden. Lokale Netzwerke, engagierte
146 Einzelpersonen und Schulen spielen eine Schlüsselrolle, benötigen aber stabile
147 Finanzierungsmodelle und politische Unterstützung. Zudem sind Mobilität und
148 Digitalisierung entscheidend, um kulturelle Angebote zugänglich zu machen. Ein
149 vielfältiges, ortsbezogenes Bildungsangebot stärkt demokratische Strukturen und
150 macht ländliche Regionen attraktiver – sowohl für Kulturschaffende als auch für
151 die Bevölkerung.

152
153 Erneuerbare Energien - Booster für die ländlichen Räume

154
155 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein Konjunkturprogramm für die
156 ländlichen Räume. Allein etwa für den Landkreis Rotenburg beziffert die Deutsche
157 Windguard das regionale Wertschöpfungspotenzial durch den Ausbau der Windenergie
158 auf 1,1 Milliarden Euro. Das Offshore-Industriezentrum in Cuxhaven, die H2-
159 Region Emsland, das Salcos-Projekt der Salzgitter AG, die geplante Gigawatt-
160 Solarfabrik in Wilhelmshaven und vieles mehr: Diese Beispiele zeigen: Die
161 Erneuerbaren Energien sind der Motor der regionalen Entwicklung. Die neu
162 entstehenden Wertschöpfungsketten bringen weitreichende positive Effekte für die
163 Kommunen vor Ort.

164
165 Mit dem Beteiligungsgesetz haben wir die Beteiligung der Kommunen und der
166 Bürger*innen an Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien zur Pflicht gemacht:
167 Eine einzige Windkraftanlage kann so jährlich 45.000 Euro in die kommunalen
168 Kassen spülen – zum Wohle der Bürger*innen in den Dörfern und Kleinstädten.
169 Darüber hinaus können sich Bürger*innen direkt an Anlagen zur Erzeugung
170 erneuerbarer Energien beteiligen und so von den Gewinnen der Energiewende
171 profitieren.

172
173 Die Wärmewende mit dem Umbau unserer Wärmeversorgung weg von Gas und Öl eröffnet
174 den ländlichen Räumen zusätzliche Wertschöpfungspotenziale. Ob es um die
175 Installation einer Wärmepumpe, die Verlegung eines Wärmenetzes oder dessen
176 Betrieb geht: Das schafft Arbeit und Einkommen vor Ort, statt jährlich
177 Milliarden in die oftmals totalitären Förderländer von Öl und Gas zu überweisen.
178 Aufgrund der Verfügbarkeit regenerativer Wärmequellen und von Flächen ist die
179 regenerative Wärmeversorgung etwa durch Kraft-Wärme-gekoppelte Biogasanlagen,
180 durch Geothermie oder Power-to-heat in der Regel leichter umsetzbar als in
181 städtischen Ballungsräumen. Mit der Förderung von Wärmepumpen, von kommunalen
182 Wärmenetzen, kleineren Gebäudenetzen und der Absicherung von Investitionen
183 kommunaler Energieversorger haben wir Grünen auf Bundesebene ein Fördersystem
184 etabliert, um erneuerbare Wärme bereits mittelfristig deutlich kostengünstiger
185 zu machen als fossil betriebene Heizungen. Diese Förderung gilt es bei aller
186 Notwendigkeit des Nachjustierens von Details im Grundsatz beizubehalten.

187 Landwirtschaft vor der Zukunftsfrage

188
189 Knapp zwei Drittel der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt.
190 Die Land- und Ernährungswirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige
191 Niedersachsens. Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte hat mit ihrer
192 Weltmarktorientierung viele landwirtschaftliche Betriebe in die fatale Spirale
193 des „Wachsens oder Weichens“ gezwungen. Schwankende Preisentwicklungen im
194 Weltmarkt führen zudem dazu, dass die Betriebe zeitweise keine auch nur
195 annähernd kostendeckenden Preise mehr erzielen können.

196 Zur Lösung bedarf es einer Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik. Statt
197 vor allem die Fläche zu subventionieren und damit in erster Linie den Landbesitz
198 und nicht dessen Bewirtschaftung zu fördern, wollen wir die Förderung gezielt
199 auf die Erbringung über die Nahrungsmittelproduktion hinausgehender
200 gesellschaftlicher Leistungen wie Natur-, Umwelt- Tierschutz und die Förderung
201 des ländlichen Raumes ausrichten. Statt Weltmarktorientierung heißt
202 Neuausrichtung der Agrarpolitik auch die Ausrichtung der Produktion am
203 heimischen, also dem europäischen Markt: Wo deutliche Überkapazitäten bestehen,
204 müssen diese gezielt abgebaut werden - das gilt vor allem für die Milch- und
205 Schweinefleischproduktion. Wir wollen die Betriebe bei den notwendigen
206 Anpassungsprozessen unterstützen. Eine wesentliche Maßnahme ist dabei die
207 Förderung des tiergerechten Umbaus der Ställe vor allem in der Schweinemast bei
208 gleichzeitiger Reduzierung der Bestände. Zusätzlich wollen wir die
209 Wertschöpfungsketten vertiefen: Die niedersächsische Eiweißstrategie, die
210 Betriebe gezielt dabei unterstützt, heimische Eiweißträger selbst anzubauen,
211 statt genmanipuliertes Soja aus Übersee zu importieren, ist dabei ein Ansatz.

212 Boden ist ein knappes Gut und nicht vermehrbar und spielt für die
213 wirtschaftliche Stabilität und nachhaltige Entwicklung landwirtschaftlicher
214 Betriebe eine zentrale Rolle. Die Konkurrenz von Finanzinvestor*innen sowie
215 steigende Pachten stellen angesichts der derzeitigen Eigentumsstrukturen die
216 Landwirt*innen vor große Probleme. Außerlandwirtschaftliche
217 Bodeneigentümer*innen sind die großen Gewinner*innen auf dem Bodenmarkt – aktive
218 Landwirt*innen sind die Verlierer*innen. Das wollen wir GRÜNEN ändern, indem wir
219 landwirtschaftlichen Betrieben vor Ort ein starkes Vorkaufsrecht verschaffen.
220 Dazu bedarf es zusätzlich einer Bodenpreisbremse, damit Bäuerinnen und Bauern
221 nicht mehr von außerlandwirtschaftlichen Investor*innen ausgestochen werden
222 können.

223
224 Der im Niedersächsischen Weg parteiübergreifend beschlossene Ausbau des
225 Ökolandbaus ist eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung des Arten- und
226 Umweltschutzes. Zudem ist die Unabhängigkeit des Ökolandbaus von Düngemittel-
227 Importen aus Russland ein friedenspolitisches Argument für den Ausbau des
228 Ökolandbaus mit seinem kreislauforientierten Düngereinsatz. Die Nachfrage nach
229 Bio-Produkten werden wir weiter stärken.

230

231 Zielkonflikte mit dem Klimaschutz lösen

232

233 Auch Maßnahmen des Klimaschutzes sind für die Landwirtschaft keineswegs
234 konfliktfrei: Freiflächen-PV steht in Konkurrenz zur landwirtschaftlichen
235 Nutzung der Fläche, neue Höchstspannungsleitungen - auch wenn sie unterirdisch
236 verlegt werden - beeinträchtigen die Nutzung. Die Wiedervernässung von Mooren
237 macht zumindest die bisherige Form der Landnutzung auf den vernässten Flächen
238 unmöglich. Diese Zielkonflikte gilt es mit guter Planung zu minimieren. Auf
239 Landesebene haben wir deshalb im niedersächsischen Klimagesetz den Grundsatz
240 verankert, dass Flächen mit mehr als 50 Bodenpunkten nicht für Freiflächen-PV in
241 Anspruch genommen werden sollen. Bei der Wiedervernässung legen wir einen
242 starken Fokus vor allem auf jene 16% der niedersächsischen Hochmoore, die zwar
243 entwässert, aber nicht (mehr) in landwirtschaftlicher Nutzung sind. Auch die von
244 uns Grünen auf Bundesebene geförderten Ansätze, Schilf oder andere auf
245 wiedervernässten Mooren angebauten Pflanzen stofflich zu nutzen, zeigen
246 ermutigende Erfolge. Wenn Wiedervernässung bei gleichzeitiger Nutzung der Moore

247 gelingt, schaffen wir eine win-win-Situation: Für den Klimaschutz, für die
248 Landwirtschaft, für Innovation und die Wertschöpfung im ländlichen Raum.

249

250 Lebensqualität sichern

251 Vor Ort gesund

252 Eine wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung ist ein Grundpfeiler
253 für Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit der ländlichen
254 Räume. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte, flächendeckende und innovative
255 medizinische Infrastruktur in ganz Niedersachsen ein, die niemanden zurücklässt.

256

257 Hausärzt*innen sind oft die erste Anlaufstelle und ein zentraler Anker für die
258 medizinische Betreuung. Die aktuelle, vom gemeinsamen Bundesausschuss - einem
259 Selbstverwaltungsorgan der Ärzt*innen - beschlossene Bedarfsplanung der
260 ärztlichen Versorgung ist offensichtlich unzureichend. Sie ist nicht in der
261 Lage, eine gleichzeitige Überversorgung städtischer Ballungsräume und
262 Unterversorgung ländlicher Räume zu verhindern. Die ärztlichen
263 Selbstverwaltungsorgane sind deshalb in der Pflicht, diese zu überarbeiten.
264 Kommen sie dem nicht in angemessener Weise nach, halten wir Grünen es im Sinne
265 der Menschen in den Dörfern und Kleinstädten für geboten, gesetzgeberisch tätig
266 zu werden. Wir wollen zudem Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte für eine
267 Tätigkeit im ländlichen Raum schaffen – bei der Studienplatzvergabe, durch
268 finanzielle Förderung, verbesserte Arbeitsbedingungen und moderne Praxismodelle
269 wie Gemeinschaftspraxen. Mit der gezielten Förderung und dem flächendeckenden
270 Ausbau von mobilen und digitalen Lösungen – z.B. Telemedizin, mobilen Arztpraxen
271 oder Gesundheitsbussen – wollen wir in dünn besiedelten Gebieten
272 Versorgungslücken schließen.

273

274 Es geht aber um mehr als die hausärztliche Versorgung. Ambulanter
275 Bereitschaftsdienst, stationäre Notfallversorgung und Rettungsdienst ist der
276 Dreiklang, der in der Fläche vorgehalten und zugänglich gemacht werden muss.
277 Erfolgreiche Modellprojekte wie Gemeindenotfallsanitäter*innen oder mobile
278 Ersthelfer*innen wollen wir flächendeckend ausweiten. Auch telemedizinische
279 Angebote können die Notfallversorgung sinnvoll ergänzen. Rettungswagen wollen
280 wir standardmäßig mit telemedizinischer Ausrüstung ausstatten, damit die
281 Behandlung bereits auf dem Weg in die Klinik beginnen kann.

282

283 Wir Grünen wollen, dass die Kernaufgaben der Daseinsvorsorge in öffentlicher
284 Hand sind und bleiben. Dazu gehören auch kommunale Krankenhäuser. Diese
285 Aufgabenfelder nicht dem Gewinnstreben zu unterwerfen, ist ein hohes Gut und
286 wichtig für die Qualität der Leistung. Die Krankenhauslandschaft in
287 Niedersachsen befindet sich längst im Wandel: hin zu einer Grundversorgung in
288 der Fläche und spezialisierten Zentren in großen Kliniken. Diesen von der Ampel-
289 Koalition im Bund und von der rot-grünen Landesregierung vorangetriebenen Ansatz
290 halten wir für richtig und unterstützen ihn.

291

292 Wir wollen insbesondere im ländlichen Raum Leistungserbringer der
293 Gesundheitsversorgung zusammenschließen und mit Reha-Einrichtungen, Apotheken
294 und anderen Gesundheitseinrichtungen in kommunalen Versorgungszentren
295 zusammenbringen. Für Patient*innen bedeutet das, dass sie
296 Gesundheitsdienstleistungen unter einem Dach finden. Für Beschäftigte bedeutet
297 das, in einem interdisziplinären Team mit familienfreundlichen Arbeitszeiten

298 tätig zu sein.

299

300 Für Schwangere in Niedersachsen wird es immer schwieriger, eine Hebamme zu
301 finden. Wir wollen deshalb die Geburtshilfe als Teil der Grundversorgung
302 verankern und so dafür sorgen, dass keine Frau mehr als 30 Minuten zum nächsten
303 Geburtshilfeangebot fahren muss. Den Hebammenberuf wollen wir stärken, unter
304 anderem mit der Umsetzung der Richtlinie Eins-zu-eins-Betreuung unter der
305 Geburt. Auch der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen muss Teil der
306 Regelversorgung sein und flächendeckend durch die landesweite Krankenhausplanung
307 sichergestellt werden.

308

309 Neben der ärztlichen Versorgung ist auch die Pflege ein zentraler Baustein der
310 Gesundheitsversorgung vor Ort. Wir setzen uns für mehr Kurzzeitpflegeplätze,
311 Tagespflegen und die Unterstützung pflegender Angehöriger ein.

312

313 Was gibt's bei mir vor Ort?

314

315 Eine funktionierende Nahversorgung ist ein wichtiger Grundstein für
316 Lebensqualität und Attraktivität ländlicher Räume. Sie geht über den Einkauf
317 alltäglicher Güter hinaus: Nahversorgung bedeutet soziale Begegnung,
318 wirtschaftliche und soziale Teilhabe und den Erhalt lebendiger
319 Dorfgemeinschaften. Die Infrastruktur der Nahversorgung ist löchrig geworden in
320 unseren ländlichen Regionen. Gerade in kleinen Orten sind die Strukturen der
321 Nahversorgung durch den demografischen Wandel, zunehmenden Wettbewerb und die
322 Zentralisierung von Handel und Dienstleistungen gefährdet. Wir setzen uns dafür
323 ein, dass die Nahversorgung vor Ort erhalten, gestärkt und weiterentwickelt
324 wird.

325

326 Wir wollen modellhafte und innovative Projekte der Nahversorgung und eine
327 nachhaltige Wertschöpfungsketten mit kurzen Wegen in den Regionen stärken. Dabei
328 können genossenschaftliche Modelle eine Lösung sein- Gute Beispiele gibt es
329 bereits viele: Dörfer, die ihre erneuerbare Energie vor Ort erzeugen oder
330 Gemeinschaftsläden, in denen Landwirt*innen vor Ort ihre Produkte verkaufen.
331 Projekte dieser Art werden über die Landesämter für Regionalentwicklung
332 gefördert. [FP4] Sie beraten regionale Akteur*innen vor Ort und unterstützen bei
333 der Verwirklichung von Ideen und Projekten. Wir wollen diese Kompetenzen stärken
334 und die Beratungskapazitäten der Ämter für regionale Landesentwicklung ausbauen,
335 damit sich Eigeninitiative und Kraft in den ländlichen Räumen voll entfalten
336 können.

337

338 Spielplätze, Sporthallen, Schwimmbäder und Parks sind öffentliche Orte, an denen
339 Menschen zusammenkommen und deren Zustand ein Indikator für den Zustand der
340 öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Die kommunale Investitionsfähigkeit ist hier
341 zentral und entsprechende Förderprogramme für viele Kommunen essentiell, damit
342 notwendige Investitionen angefasst werden können. Dazu sind die Kommunen
343 aufgrund ihrer inzwischen dramatischen Unterfinanzierung jedoch vielfach nicht
344 in der Lage. Im Bund setzen wir uns für einen Deutschlandinvestitionsfonds ein,
345 über den auch die Kommunen unkomplizierter und schneller an Investitionsmittel
346 kommen sollen. Eine grundlegende Besserstellung unserer unterfinanzierten
347 kommunalen Ebene ist zudem notwendig. Hierfür stehen wir ein.

348

349 Auch Kultur- und Sportangebote sind zentrale Bausteine für ein lebendiges
350 gesellschaftliches Leben – auch und gerade in ländlichen Räumen. Sie fördern die
351 Lebensqualität, stärken die Gemeinschaft und tragen zur Identität und
352 Attraktivität von Dörfern und Kleinstädten bei. Vereine sind oft das Rückgrat
353 von Kultur und Sport in ländlichen Räumen. Wir setzen uns für eine
354 bürokratiearme finanzielle Unterstützung, gezielte Qualifizierungsprogramme für
355 Ehrenamtliche, Investitionen in Infrastruktur von kleinen Kultureinrichtungen,
356 die Förderung von Kooperationen und die Schaffung regionaler Netzwerke ein.
357 Als Partei möchten wir noch näher dran sein. Dazu gehört, wichtige Formate wie
358 Netzwerkkonferenzen oder Bürger*innenberatungen zu relevanten Themen in der
359 Fläche zu etablieren.

360 Menschen bringen sich auf vielfältige Weise in ihrer Freizeit für das
361 Gemeinwesen ein. Ihnen wollen wir so viele Steine wie möglich aus dem Weg
362 räumen. Kommunale Ehrenamtsbudgets, die von Vereinen und Initiativen einfach für
363 die Gemeinwesenarbeit abgerufen werden können, wollen wir unterstützen. Häufig
364 müssen Gelder aus unterschiedlichen Fördertöpfen eingesammelt werden. Im Bund
365 haben wir deshalb schon in der Bundeshaushaltsordnung den Weg freigemacht für
366 pauschale Fördertöpfe, die die Abrechnung vereinfachen und flexibel einsetzbar
367 sind. Im Land wollen wir mit einem Landesdemokratiefördergesetz gute
368 Förderstrukturen auf den Weg bringen, die den niedrigschwelligen und
369 vielfältigen Strukturen vor Ort gerecht werden.